

<https://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Freistaat-verkauft-Land-an-Kieswerk-fuer-Abbau-in-Dresden-Soebrigen>

31.01.2021

Dresden Freistaat verkauft Land an Kieswerk für Abbau in Dresden-Söbri

Von Cathrin Steinbach

Seit Jahren läuft eine Bürgerinitiative Sturm gegen einen geplanten Kiesabbau in Söbri im Südosten von Dresden. Jetzt hat der Freistaat Sachsen Land an die Kieswerke Borsberg verkauft. Sind jetzt alle Messen gelesen?

Die Kieswerke Borsberg GmbH und Co. KG planen schon seit vielen Jahren, in Söbri Kies und Sand abzubauen. Zuletzt war von einem Abbau ab 2020/21 ausgegangen worden. Jetzt rechnet die Geschäftsführung des Unternehmens damit, dass es 2023 so weit sein könnte. „Frühestens“, so die Einschätzung von Matthias Erben gegenüber DNN.

Planungsunterlagen für Kiesabbau werden noch überarbeitet

Er ist seit Anfang dieses Jahres neben Thomas Steglich einer der beiden Geschäftsführer der Kieswerke. Wie der neue Mann an der Spitze des Betriebes erklärte, würden gegenwärtig noch die Gutachten für die überarbeitete Planung auf den letzten Stand gebracht und dann beim Oberbergamt zur Prüfung eingereicht.

Matthias Erben rechnet, dass die Offenlegung dann in der zweiten Hälfte dieses Jahres erfolgt. Wenn alle Unterlagen eingereicht sind, soll es laut Matthias Erben eine Informationsveranstaltung für die Bürger geben. Mit dem Ortschaftsrat von Birkwitz-Pratzschwitz zum Beispiel stehe das Unternehmen im engen Kontakt, so die Aussage.

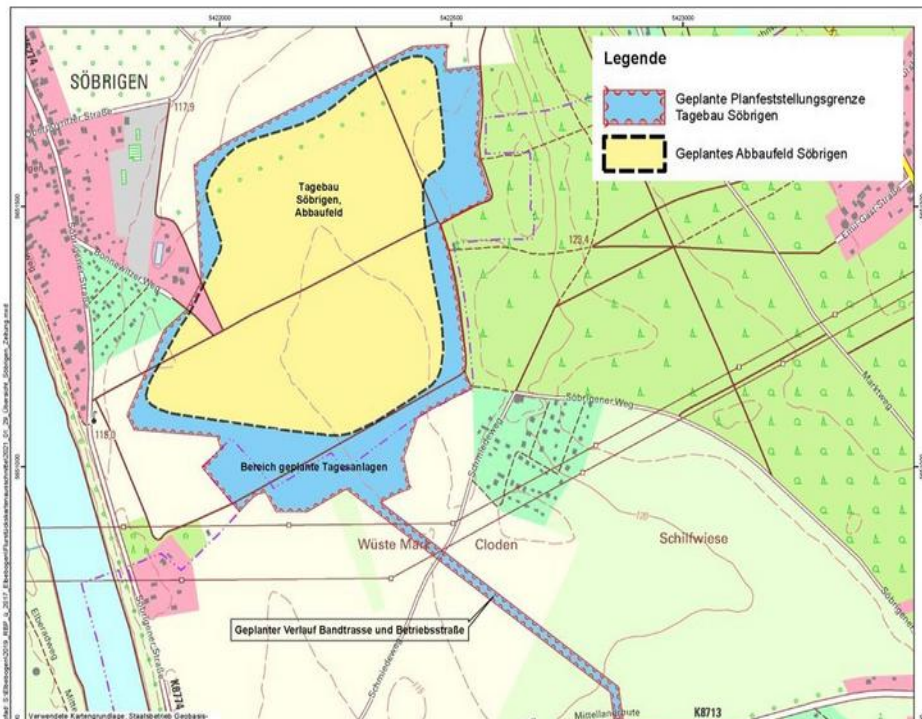
Bürgerinitiative läuft gegen Pläne des Kiesabbaus Sturm

Seit vielen Jahren läuft eine Bürgerinitiative gegen den Plan, in Söbri Kies abzubauen, Sturm. Sie befürchtet „die Zerstörung einer einmaligen Kulturlandschaft, der Zerstörung eines weitreichenden Erholungsgebiets und den Verlust der Lebensqualität der Anwohner und Gartenbesitzer durch einen Jahrzehnte andauernden Kiesabbau“, wie es im Positionspapier der Bürgerinitiative heißt.

Im August 2018 hatte der Dresdner Stadtrat den Oberbürgermeister beauftragt, im laufenden Planfeststellungsverfahren „Pirnaer Elbebogen“ die ablehnende Haltung der Landeshauptstadt Dresden zum geplanten Kieswerk und dem Kiesabbau in Söbri „mit Nachdruck und mit allen ihm und der Landeshauptstadt zur Verfügung stehenden Mitteln“ zu vertreten. Entscheiden kann die Stadt Dresden aber nicht, ob in Söbri Kies abgebaut wird oder nicht, sondern lediglich als betroffene Kommune im Planfeststellungsverfahren ihre Einwendungen geltend machen.

Kieswerk in Söbri ist vom Tisch

Die Kieswerke Borsberg wollten ursprünglich in Söbri im Zusammenhang mit dem Abbau von Kies und Sand ein neues Kieswerk errichten. Das ist aber vom Tisch. Jetzt ist geplant, das abgebagerte Material auf einem etwa drei Kilometer langen und zwei Meter breiten Förderband zum bestehenden Werk nach Pirna-Copitz zu transportieren. Das Förderband werde mit Halbschalenhauben abgedeckt, unten mit Eingriffschutz versehen und an bestimmten Stellen („dort, wo es nötig ist“) Wildtieren Durchlass gewähren, so Matthias Erben.



*Die Karte zeigt den gegenwärtigen Planungsstand für den Kiesabbau in Söbrigen.
Quelle: Kieswerke Borsberg GmbH & Co. KG*

Er geht von einer Abbaufäche von etwa 30 Hektar aus. Das Areal befindet sich – um es grob zu verorten – zwischen Oberpoyritzer Straße und Schmiedeweg. Zu beiden Verkehrswegen gebe es aber einen räumlichen Abstand und das Abbaugebiet reiche keinesfalls über diese hinaus, so die Geschäftsführung. „Was wir bislang an Planungen gesehen haben, könnte das Abbaugebiet unserer Gärtnerei nahe kommen, reicht aber nicht bis ran“, sagte Eberhard Siering vom Pillnitzer Pflanzenmarkt gegenüber DNN.

Kieswerke rechnen mit 15 Jahren Abbauzeit

Der Vorrat des geplanten Kiesabbaugebietes umfasse rund 7,5 Millionen Tonnen Kies und Sand, so Matthias Erben. Ausgehend vom mittleren Verkauf der letzten Jahre rechne das Unternehmen mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Wie Matthias Erben betonte, müssen die Kieswerke bereits mit Antragstellung der Planunterlagen einen Wiedernutzungsplan für die Renaturierung einreichen und entsprechende Sicherheitsleistungen hinterlegen, damit für die Renaturierung dann am Ende auch wirklich das Geld da ist.

Um Kies abbauen zu können und das Förderband bis zum Werk zu führen, ist die Leitung der Kieswerke nach eigener Aussage seit drei Jahren mit den Eigentümern der betroffenen Grundstücke im Gespräch. „Wir haben einen großen Teil der Flächen erworben und gehen davon aus, dass wir am Ende auf alle Flächen, die wir benötigen, Zugriff haben“, so Matthias Erben vom Kieswerk.

Grüne wollen Landverkauf verhindern

In diesem Zusammenhang wurde jetzt öffentlich, dass offenbar der Freistaat Sachsen Land an die Kieswerke Borsberg GmbH & Co KG verkauft hat. Thomas Löser von der Grünen Landtagsfraktion stellte sofort eine Kleine Anfrage und fordert von der Landesregierung u.a. Auskunft über einen eventuellen Verkauf, zum Ausschreibungsverfahren, zur Prüfung etwaiger Alternativen zum Verkauf sowie zu Auflagen bezüglich der Nutzung und der Sicherung des Arten- und Biotopschutzes.

Christiane Filius-Jehne wurde auf städtischer Ebene aktiv. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen stellte eine Anfrage an die Stadtverwaltung Dresden und fragt u.a., ob es nicht sinnvoll wäre, dass die Stadt die Flächen, die jetzt verkauft werden sollen, vom Freistaat übernimmt, um sie „durch eine geeignete landwirtschaftliche Nutzung und Maßnahmen zur Biodiversität aufzuwerten“.

Christiane Filius-Jehne führt zudem an, dass im überarbeiteten Regionalplan für das Obere Elbtal und das Osterzgebirge, der im September 2020 beschlossen worden sei, das Kieslager bei Söbrigen herabgestuft worden sei als ein Vorkommen, das in den nächsten Jahren nicht abgebaut werden soll. Dem, so Filius-Jehne, liege eine fachliche Einschätzung des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie zugrunde, dass es ausreichend andere Vorkommen an Kies in der Region gebe, bei deren Abbau geringere raumplanerische Konflikte vorliegen.

Verkauf der Grundstücke ist längst gelaufen

Doch offensichtlich ist der Verkauf der Grundstücke an die Kieswerke längst gelaufen. „Der Freistaat Sachsen hat im Dezember 2020 Grundstücke in der Gemarkung Pillnitz an die Kieswerke Borsberg GmbH & Co. KG verkauft“, bestätigt Sandra Jäschke, Sprecherin des Sächsischen Finanzministeriums, gegenüber DNN. Weitere Verkäufe des Freistaates Sachsen seien in diesem Zusammenhang nicht vorgesehen. Die Grundstücke haben eine Gesamtgröße von ca. 30 Hektar.

In der Begründung für den Verkauf führt das Finanzministerium an, dass die Kieswerke Borsberg GmbH & Co. KG „als Bergrechtsinhaberin im Falle einer Abbaugenehmigung (zuständig hierfür das Sächs. Oberbergamt) Anspruch auf den Kauf der vom Bergwerkseigentum betroffenen Flächen“ hätten. Und: „Der Kiesabbau kann daher durch den Grundstückseigentümer nicht verhindert werden.“

Genehmigung des Kiesabbaus Voraussetzung für Herausgabe der Grundstücke

Der Verkauf der Grundstücke durch den Freistaat Sachsen sei „somit rechtlich gebunden und ohne Ausschreibung erfolgt“, heißt es in der Antwort auf die Anfrage der DNN weiter. Der Freistaat Sachsen werde allerdings „die verkauften Flächen erst und nur dann herausgeben, wenn der Kiesabbau genehmigt ist. Bis dahin werden die verkauften Flächen – wie bisher – verpachtet und landwirtschaftlich genutzt.“

Bereits 1990 ist die Bergbauberechtigung für den Kiesabbau in Söbrigen erteilt worden, bestätigt auf Anfrage der DNN das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA). „Die Bergbauberechtigung im Bergwerksfeld Söbrigen ist ein Bergwerkseigentum. Bergwerkseigentum gewährt dem Inhaber u. a. das ausschließliche Recht, die Bodenschätze in einem bestimmten Feld zu gewinnen. Es handelt sich dabei zunächst um eine Konzession. Eine Gestattungswirkung für die tatsächliche Gewinnung ist damit nicht verbunden. Diese wird erst mit der Zulassung von Hauptbetriebsplänen erlangt. Insofern ist ein Genehmigungsverfahren unentbehrlich, in welchem die Zulassungsvoraussetzungen geprüft werden.“

Und dieses Genehmigungsverfahren wird in Gang gesetzt, wenn die Kieswerke ihre überarbeiteten Planunterlagen eingereicht haben. „Der Antrag für dieses Vorhaben wird zur Zeit durch das Unternehmen vorbereitet. Antragsunterlagen wurden noch nicht eingereicht. Ein Antrag liegt noch nicht vor“, so die Auskunft aus dem Sächsischen Oberbergamt.